



**CDU** RATSFRAKTION DER  
STADT OSNABRÜCK

**Alexander Illenseer**  
**Fraktionsgeschäftsführung**

Telefon (0541) 323-4300  
Telefax (0541) 27217  
Mobil: (01525) 3232004

[illenseer.a@osnabrueck.de](mailto:illenseer.a@osnabrueck.de)  
[www.cdu-osnabrueck.de](http://www.cdu-osnabrueck.de)

## **Pressemitteilung** **Nummer 38/2010**

17. November 2010

### **CDU für Umdenken bei Kanal- und Straßenbau - Mehr Transparenz und Kostenreduzierung im Interesse der Bürger gefordert -**

„Transparenz für den Bürger ist wichtig für das Vertrauen in die Kommunalpolitik“, so Anette Meyer zu Strohen (CDU) Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt. Damit reagierte Meyer zu Strohen auf die sich häufende Kritik an der Informationspolitik der Verwaltung im Hinblick auf Kanal- und Straßenbaumaßnahmen wie beispielsweise Am Pappelgraben, an der Rehmstraße oder im Stadtteil Voxtrup.

„Gerade auch wenn es um die Beteiligung der Bürger an den Kosten für diese Maßnahmen geht, ist es wichtig, einheitliche und transparente Informationen zu erteilen, dies ist in der Vergangenheit häufig schief gegangen“, kritisierte Katharina Pötter (CDU). Da Stadtverwaltung und Stadtwerke am Kanal- und Straßenbau mit unterschiedlichen Kompetenzen gemeinsam beteiligt sind und es kein einheitliches Informationssystem gibt und kein einheitlicher Ansprechpartner zu Verfügung steht, kam es in der Vergangenheit oft zu Irritationen. Diese konnten nur ausgeräumt werden, weil sich die betroffenen Anwohner direkt an die Politik gewandt haben.

Die CDU-Fraktion hat in der letzten Ratssitzung am 22. September einen Antrag gestellt, der die Verwaltung aufgefordert hat, die organisatorischen Strukturen so herzustellen, dass für den Kanal- und Straßenbau ein einheitlicher Ansprechpartner zur Verfügung steht. Dies soll auch in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Osnabrück umgesetzt werden, so der Antrag. „Wir wollen Transparenz und nachvollziehbare Informationen für den Bürger“, so Anette Meyer zu Strohen weiter. Die CDU-Fraktion ist für alle Ideen und Veränderungen, die diese Zielsetzungen verfolgen, offen und unterstützt die Stadtwerke und die Stadtverwaltung bei ihren Bemühungen auf diesem Weg.

„Neben einer verbesserten Kommunikation mit den betroffenen Anwohnern geht es uns darum, die Kosten in Zukunft deutlich zu reduzieren“, so Katharina Pötter weiter, „dies nutzt zum einen jedem einzelnen Anwohner und zum anderen der finanziellen Situation.“

Die Kosten für Kanal- und Straßenbau werden nach den gesetzlichen Regelungen auf Grundstückseigentümer und Anwohner anteilig **umgelegt**.

„Wir müssen uns über den Ausbaustandort Gedanken machen und werden in jedem Einzelfall die Notwendigkeit der Maßnahmen kritisch überprüfen,“ kündigt Anette Meyer zu Strohen abschließend an.